



Thüringen-Monitor zu politischer Mitte und deutlichen Ambivalenzen

Ostdeutsche nehmen „Gerechtigkeitsdefizite deutlich schärfer wahr als Westdeutsche“, so Ministerpräsident Bodo Ramelow in seiner Regierungserklärung zum Thüringen-Monitor 2017 mit dem Titel „Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen“, der sehr gründlich am 2. November im Landtag debattiert wurde.

Die Ambivalenzen, die die Langzeitstudie des Zentrums für Rechts-Extremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität für dieses Jahr ermittelte, sind wirklich bemerkenswert.

Der Ministerpräsident verwies auf folgende Befunde: Über 90 Prozent aller Befragten und sogar vier Fünftel der Personen mit niedrigem Einkommen sind mit ihrem Lebensstandard zufrieden. Zugleich aber fühlen sich 53 Prozent vergleichsweise benachteiligt. 65 Prozent sind mit der Demokratie zufrieden, nur knapp die Hälfte war es 2015. Zugleich vertreten konstant 69 Prozent die Ansicht, dass „in unserer Demokratie die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten werden“.

Zwei Fünftel der Befragten meinen, dass der Kapitalismus beseitigt werden muss, um soziale Gerechtigkeit herzustellen. Andererseits vertraut mit 57 Prozent eine große Mehrheit der Thüringer „voll und ganz“ oder „weitgehend“ der Thüringer Unternehmerschaft. „Die Erfahrungen der großen gesellschaftlichen Umbrü-

che“, so Bodo Ramelow weiter, „der gespürte und real fassbare negative Abstand zu westdeutschen Einkommens- und Lebensverhältnissen hat, so lautet eine zentrale Schlussfolgerung, zu einem manifesten Gefühl vieler Ostdeutscher geführt, ‘Bürger 2. Klasse zu sein’“.

Zugleich betonte der Ministerpräsident: „Diese Landesregierung will und wird niemanden im Abseits stehen lassen. Und darin wollen und werden wir erkennbar anders sein als die Rechtspopulisten, die den Menschen einreden wollen, dass allein oder zumindest in erster Linie die Flüchtlinge Schuld seien an allen gefühlten wie erlebten Benachteiligungen und es allen besser gehen würde, während die Fremden nur weg. Das ist so falsch wie demagogisch.“

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Susanne Hennig-Wellsow nannte die Monitor-Werte, wonach in Thüringen rechtsextreme Einstellungen weiterhin stabil sind: 19 Prozent der Menschen teilen entsprechende Einstellungen, 16 Prozent meinen, der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten gehabt. Jeder vierte Thüringer meint, es gäbe wertvolles und unwertes Leben. 14 Prozent

unterstützen antisemitische Aussagen. Besonders anfällig für rechtsextreme Einstellungen sind mittlere bis hohe Einkommen mit nicht akademischer Ausbildung – also Menschen aus der Mitte der Gesellschaft.

Der Monitor beleuchtete zentral die soziale Frage, sagte die LINKE-Politikerin. Positiv werde der Rückgang der Erwerbslosigkeit benannt, zu der

vergebenen Chancen. Die Schere zwischen Einkommen, Eigentum und sozialer Lage klappt in der Bundesrepublik immer weiter auf – in den ostdeutschen Bundesländern sind diese Zustände besonders zugespitzt. Der Thüringen-Monitor weist deutlich darauf hin, dass die reale, die erlebte und gefühlte Benachteiligung ein ‘signifikanter Erklärungsbeitrag für Rechtsextremismus’ ist.“

Susanne Hennig-Wellsow abschließend: „Wer den industriellen Kahl-schlag der Treuhand in den 1990ern zu verantworten hat, der muss auch die Verantwortung dafür übernehmen, dass die Folgen bis heute nachwirken. Wer in der Thüringer Politik auf die hiesigen Niedriglöhne stolz war, der muss heute die politische Verantwortung für die gesellschaftlichen und sozialen Verwerfungen tragen. Wer fast 25 Jahre lang den Freistaat als sein Eigentum betrachtete und Pöstchen nach Parteibuch besetzt hat, braucht sich über Skepsis gegenüber der Politik nicht wundern. Wer bis heute ausschließlich im Eigeninteresse handelt, wenn es um mehr Demokratie geht, und Transparenz blockiert, ist für Politikverdrossenheit mitverantwortlich.“

Ein Sozialstaat, der seinen Namen verdient, ein Staat, der aktiv für sozialen Ausgleich sorgt und Freiheit garantiert, das ist der Kern einer stabilen Demokratie.“

Thüringen-Monitor komplett im Internet unter: http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/Veranstaltungen_2017/thuringen-monitor_2017_schlussfassung.pdf



die rot-rot-grüne Landesregierung u.a. mit Programmen zur Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit beigetragen hat. „Doch die Menschen in Thüringen stellen deutlich schlechtere Löhne, prekäre Arbeit oder Erwerbslosigkeit in den letzten Jahrzehnten richtigerweise auch fest. Durch die in der Vergangenheit massenhafte, in Teilen bis heute verfestigte Erwerbslosigkeit, Niedriglöhne oder unfreiwillige Teilzeitarbeit kommt es dauerhaft zu Armut, zu Altersarmut und über Generationen zu

An der Seite der Siemens-Beschäftigten

Zahlreiche Beschäftigte des Erfurter Siemens-Generatorenwerkes waren auf der Besuchertribüne des Plenarsaals, als der Landtag am 1. November im Rahmen einer Aktuellen Stunde, die die demokratischen Fraktionen (LINKE, SPD, Grüne und CDU) gemeinsam eingereicht hatten, die ungewisse Zukunft ihres Werkes thematisiert hatte.

Es ging um in ein klares politisches Signal an die Konzernleitung: Verantwortung zu übernehmen für die Perspektive des Werkes und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Abgeordneten wiesen darauf hin, dass nicht nur 700 Arbeitsplätze in Erfurt, sondern auch 700 weitere bei Zulieferern auf den Spiel stehen und kündigt unterschiedlichen Widerstand

an. Für die Linksfraktion hatte in der Debatte der Wirtschaftspolitiker Dieter Hausold gesprochen und betont: „Es ist bekannt, dass es spürbare Überkapazitäten im Bereich großer Generatoren auf dem Weltmarkt gibt. Würde das Erfurter Werk an einen Konkurrenten verkauft, die wesentlichen Patente würden aus dem Unternehmen rausgezogen, würde wohl kurz- oder mittelfristig ein deutlicher Arbeitsplatzabbau drohen und die hohe Innovationskraft und Kreativität für Erfurt verloren gehen. Das gilt es mit allen Mitteln zu verhindern, zumal das Werk dezentrale Lösungen für den Energiemarkt anbietet und im Übrigen schon 1997 – lange vor der Konzernspitze – den Trend zur Windenergie erkannt hatte.“



Demonstration vor dem Werkstor in der Werner-von-Siemens-Straße in Erfurt am 25. Oktober. Ihre Solidarität mit den Beschäftigten drückten Abgeordnete des Landtags vor Ort aus, unter ihnen von der Linksfraktion die Vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow und der Gewerkschaftspolitiker Rainer Kräuter.

Ausgeburten eines rechten Weltbildes

Die AfD hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und Männer unter ein und demselben Dach fordert und damit die Frauenhäuser zur Disposition stellt.

„Erneut verleugnet die AfD mit ihrem patriarchalen Weltbild die strukturelle Diskriminierung der Frauen. Sie verharmlost, dass die Männergewalt gegen Frauen das eigentliche gesellschaftliche Problem ist“, betonte die LINKE-Abgeordnete Karola Stange.

„Sicherlich gebe es auch Gewalt von Frauen gegen Männer und betroffene Männer bräuchten ebenfalls Schutz. Es zeuge allerdings „von Zynismus, wenn die AfD ausgerechnet in den Tagen der ‚Me-Too‘-Diskussion einen Gesetzentwurf vorlegt, der unvorholbar einen Frontalangriff auf das Schutzkonzept und die Frauenhäuser darstellt.“

Es sei davon auszugehen, dass auch Organisationen wie der Landesfrauenrat dieses AfD-Konzept „deutlich kritisieren als das was es ist: Ausgeburt eines rechtslastigen Weltbildes, das die Unbilden einer männerdominierten Gesellschaft auf Kosten der Frauen mit Zähnen und Klauen verteidigen will. DIE LINKE ist an der Seite derjenigen, die sich für wirksame Gleichstellungsmaßnahmen zugunsten von Frauen und mehr Schutz für Frauen gegen Männergewalt z.B. durch weitere Stärkung der Frauenhäuser einsetzen.“



■

Wahlergebnisse wurden spannend „entschlüsselt“

Dass Wahlanalysen aussagekräftiger sein können für die parlamentarische Arbeit als gemeinhin gedacht, zeigte die Veranstaltung der LINKE-Fraktion im Landtag zu „Wahlen und Abstimmungen als Seismographen gesellschaftlicher Entwicklungen“.

Gerade auch nach den Bundestagswahlen war diese Diskussion am 25. Oktober ein hochspannendes Angebot, dem noch mehr Interesse zu wünschen gewesen wäre. Zumal hochkarätige Referenten da waren.

„Eine solche ‚Entschlüsselung‘ von Wahlergebnissen ist dringend notwendig, denn sie sagt bei genauerem Hinsehen auch sehr viel über die Erwartungen der Menschen an die Parlamente“, so die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow. Die LINKE mache sich weiter stark für eine Ausweitung des Wahlrechts, das ein möglichst inklusives Wahlrecht sein sollte. „Die Menschen wollen klare inhaltliche Positionen und Verlässlichkeit. Wir müssen demokratische, emanzipatorische Antworten auf aktuelle Entwicklungen insbesondere zur immer größer werdenden sozialen Spaltung der Gesellschaft finden. Damit können wir auch den Rechtspopulismus zurückdrängen“, so die Fraktionsvorsitzende.

Prof. Hermann Heußner (Hochschule Osnabrück) hatte hervorgehoben, dass ein weitreichendes Wahl- und Abstimmungsrecht, die Grundprinzipien der Demokratie, insbesondere Gleichheit und

Beteiligungsfreiheit für alle, am besten umgesetzt“. Niemand soll bloßer Adressat staatlicher Handlungen sein. Horst Kahrs (Rosa-Luxemburg-Stiftung) arbeitete heraus, dass Wahlen und Abstimmungen nur dann ihre demokratische Funktion erfüllen können, wenn alle die gleichen Chancen

Bei aller Ernsthaftigkeit das Thema, es wurde durchaus auch kurzweilig erörtert.

Im Foto (v.links): Dr. Michael Efler, Horst Kahrs, Prof. Hermann Heußner und Anja Müller, Sprecherin der Linksfraktion für Bürgerbeteiligung.



auf politische Teilhabe haben. Allerdings verhinderten dies vielfältige soziale Hürden. Wie wissenschaftliche Untersuchungen zeigten, enthielten sich eher Menschen in benachteiligter Lage von Wahlen und Abstimmun-

gen. (v.l. und LINKE-Abgeordneter im Berliner Parlament) warb für mehr direkte Mitbestimmung in konkreten Sachfragen. Das mache die Diskussion inhaltsreicher und fundierter, übe die Leute in demokratischer Diskussionskultur. Direkte Demokratie richtig praktiziert, dränge rechte Manipu-

latoren eher zurück. Den Parlamenten helfe die direkte Demokratie sehr, denn solche Abstimmungen seien Seismographen gesellschaftlicher Meinungslagen in der Bevölkerung zu wichtigen Sachthemen, gerade auch zwischen Wahlen und als „Blitzableiterfunktion“ bei Konflikthemen. Darüber hinaus gab Efler zu bedenken, dass sich in den Parlamenten kaum Abgeordnete aus sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen befinden.

Eine ausführliche Dokumentation unter www.die-linke-thl.de

Einladung zur AG Demokratie

„Die Diskussion zu Demokratie-Themen wird mit weiteren Veranstaltungen fortgesetzt, kündigte die Abgeordnete Anja Müller an. Sie lädt ein, in der AG Demokratie der Linksfraktion mitzumachen. Erste Zusammenkunft am Donnerstag, 30. November, Raum 440 im Fraktionsgebäude.“

- ✓ **Wahlalter in Kommunen ab 16 Jahren**
- ✓ **Ratsbegehren eingeführt**
- ✓ **Bürgerbeteiligung in Kommunen auf Platz 1**
- **Abschaffung Finanzvorbehalt in Verfassung**
- **Abschaffung automatischer Diätenerhöhung**
- **Absenkung Wahlalter auf 16 Jahre auf Landesebene**

gen, sodass die soziale Schieflage dadurch noch verschärft werde.

Dr. Michael Efler (Mitglied im Bundesausschuss von Mehr Demokratie

FRAKTION IN AKTION

Sechs Jahre danach

„Sechs Jahre nach dem NSU - Der neue Terror von Rechts“, so der Titel einer Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE am Freitag, den 24. November, 19 bis 21 Uhr, im Café Nerly in Erfurt, Marktstraße 6.

Mit kompetenten Referentinnen und Referenten sollen anhand aktueller Beispiele die Entwicklungen im Bereich organisierter rechter Gewalt und rassistischen Terrrors skizziert und politische Handlungsoptionen diskutiert werden. Dabei sind u.a. die Bundestagsabgeordnete Martina Renner (LINKE), Dr. Matthias Quent vom Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), Kristin Pietrzyk, Rechtsanwältin und Nebenklagevertreterin im Ballstädt- und im Freitalprozess, und Ulli Jentsch, Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz), Berlin.

Mahnstätte und Fonds

Der Landtag hatte am 29. September gegen die Stimmen von CDU und AfD die Anträge der Koalitionsfraktionen von LINKE, SPD und Grünen beschlossen, eine Stätte der Erinnerung und Mahnung für die NSU-Opfer in Thüringen zu errichten und einen Entschädigungsfonds für die Opfer und Betroffenen von Taten des NSU einzurichten.

Die Vorsitzende der Linksfraktion Susanne Hennig-Wellsow sagte in der Debatte: „Wir wollen einen Beitrag leisten für wenigstens eine teilweise Wiedergutmachung. Wir sehen uns, wir sehen Thüringen als Ursprungsland des NSU hierbei in einer besonderen Verantwortung, hoffen aber zugleich, dass andere Länder unserem Beispiel folgen werden.“ Die Errichtung einer Stätte der Erinnerung und Mahnung für die Opfer des



NSU war sowohl eine Empfehlung des ersten NSU-Untersuchungsausschusses im Thüringer Landtag als auch im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün vereinbart worden. „Uns ist es wichtig, dass hierbei nicht nur ein Ort entsteht, der an die Verbrechen des NSU erinnert und die Opfer ehrt,

sondern dass auch die Ursachen von Rassismus in den Blick genommen werden und zu aktivem Auseinandersetzen mit gesellschaftlichen Phänomenen, die solche Taten, die Rassismus in verschiedensten Erscheinungsformen ermöglichen, angeregt wird“, so die LINKE-Politikerin.

Maßnahmepaket Zukunftsinvestition

Im Rahmen der gegenwärtigen Beratungen zum Entwurf des Landesdoppelhaushaltes für die Jahre 2018 und 2019 haben sich die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen auf einen Hauptschwerpunkt im Bildungsbereich geeinigt. „Es gehört zu unseren Kernanliegen, die Bildung und Betreuung in den Kitas und in den Schulen zu verbessern“, erklärte dazu der Bildungspolitiker der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Torsten Wolf.

2018 und 2019 insgesamt 600 Lehrer mehr als geplant befristet eingestellt werden. Damit wird Rot-Rot-Grün bis 2019 insgesamt 3.750 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt haben“, sagte Torsten Wolf.

Zudem sollen die Schulen ab dem kommenden Schuljahr über ein Schulbudget verfügen, mit dem nach den örtlichen Möglichkeiten flexibel auch auf kurzfristige Erkrankungen von Lehrern reagiert werden kann. „Mit diesem Maßnahme-Paket setzen wir ein deutliches Zeichen: Bildung ist für Thüringen die Zukunftsinvestition Nummer eins.“ Die Verbesserungen im Schulbereich werden das Land in den Jahren 2018 und 2019 etwa 42 Millionen Euro kosten. Für die verbesserte Personalausstattung in den Thüringer Kindergärten werden in den kommenden zwei Jahren (Beginn 01.07.2018) zusätzlich noch einmal 29 Millionen Euro bereitgestellt. Für Rot-Rot-Grün haben Investitionen in Bildung und somit in Zukunft einen besonderen Stellenwert“, unterstrich der Abgeordnete.

Mit Blick auf die kürzlich erschienene Bertelsmann-Studie „Gute Ganztagschule für alle“ verwies Torsten Wolf auf bereits Erreichtes und die erfreuliche Tatsache, dass Thüringen hier einen führenden Platz einnimmt. Im Schuljahr 2015/16 lernten 51,5 Prozent aller Schüler in ganztägigen

Bildungsangeboten. Lediglich in Hamburg, Sachsen und Berlin sind sie umfangreicher.

Ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt ist notwendig

Die höchste Ganztagsquote haben mit 85,3 Prozent die Grundschulen. Thüringen bietet mit den offenen Formen, abgedeckt durch staatliche Erzieherinnen, die Möglichkeit der Rhythmisierung des Schultages, eine deutschlandweite Besonderheit.

„Dieser Erfolgsweg wird mit den



freiwilligen Angeboten an den weiterführenden Schulen fortgeführt. Zu Recht weisen die Autoren der Bertelsmannstudie darauf hin, dass die Kosten für zusätzliche Ganztagsangebote nur in einem gesamtgesellschaftlichen Kraftakt, also mit Bundesmitteln, bewältigt werden können. In den Koalitionsverhandlungen im Bund muss daher nicht nur die Abschaffung des Kooperationsverbotes an erster Stelle stehen, sondern auch die Mitfinanzierung von Ganztagsangeboten und Schulsozialarbeit“, betonte Torsten Wolf.

Gebührenfreies Kita-Jahr und besserer Betreuungsschlüssel

„Die Einführung des gebührenfreien Kita-Jahres ab Januar 2018 ist ein Herzstück rot-rot-grüner Politik“, so der Landespolitiker weiter. Damit werden Familien jährlich um durchschnittlich 1.440 Euro befreit. Ihnen steht so deutlich mehr Geld zur Verfügung. „Dies ist für uns LINKE zugleich auch der Einstieg in die komplette Beitragsfreiheit für die Betreuung in den Kindertagesstätten, da diese Bildungseinrichtungen sind.“

Gleichzeitig Sorge Rot-Rot-Grün mit den geplanten Veränderungen im Haushaltsentwurf und der damit möglichen stufenweisen Absenkung des Betreuungsschlüssels für die Drei- bis Vierjährigen in den Kitas für deutliche Verbesserungen. „Während heute eine Erzieherin 16 Kinder betreut, soll sich künftig eine Erzieherin um höchstens 12 Kinder kümmern“, informiert der Abgeordnete. Dies werde dazu führen, dass Thüringen wieder im Spitzenfeld aller Bundesländer stehe, „zumal im Freistaat der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem 1. Lebensjahr besteht, während in den alten Bundesländern meist nur eine Halbtagsbetreuung abgesichert ist“.

Budgets für Schulen und 600 Lehrstellen mehr

„Daneben legen wir ein Bildungspaket auf, um die Situation an den Schulen in Thüringen weiter zu verbessern. Dafür sollen in den Jahren

KURZ UND PRÄGNANT

Haushaltsbeschluss:

Rot-Rot-Grün im Landtag kann den Doppelhaushalt 2018/2019 erst im Januar beschließen, um der „Klageritis“ der CDU entgegenzuwirken. In den vergangenen Wochen hat die CDU-Fraktion durch Anfragen in einem bislang nie dagewesenen Ausmaß die Haushaltsverhandlungen massiv verzögert. Dieses Verfahren hat sie extrem intensiviert. Zudem droht die Fraktion beim kleinsten Verfahrensfehler vor das Verfassungsgericht zu ziehen.

Hochschulgesetz:

Die CDU hat jetzt dem Landtag ein Hochschulgesetz vorgelegt, nachdem im September ein deutlich umfassenderer Entwurf der Landesregierung debattiert wurde. Christian Schaft, Hochschulpolitiker der LINKE-Fraktion, kommt beim Vergleich beider Entwürfe zur Schlussfolgerung: „Die CDU hat es versäumt, eigene Akzente zu setzen, und zugleich nur halbherzige Übernahmen aus der Vorlage der Landesregierung präsentiert. Ein halbgares Essen schmeckt nicht, ebenso wenig wird ein Herumdoktern am alten Hochschulgesetz den Notwendigkeiten gerecht“.

Krebsregister:

Der Landtag hat das Thüringer Krebsregistergesetz beschlossen, das im Verbund steht mit den Krebsregistern anderer Länder. Damit wird die Datenerhebung zu Krebserkrankungen sowie deren Verlauf und Therapie vereinheitlicht, was wichtig ist für die weitere Verbesserung der onkologischen Versorgung.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/ ■

NACHRICHTEN

Würde des Menschen

Anlässlich des 100. Geburtstages von Stéphane Hessel am 20. Oktober hatte der Thüringer Landtag eine bemerkenswerte Wanderausstellung der Weimarerer Maria Pawlowna Gesellschaft mit dem Titel „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ (Kurator Wolfgang Knappe) gezeigt. Mit seiner im Jahr 2010 erschienenen Streitschrift „Empört Euch!“ hatte Stéphane Hessel die Herzen und Hirne der Menschen auf der ganzen Welt bewegt. Der Résistance-Kämpfer, Schriftsteller und Diplomat, der das KZ Buchenwald überlebt hatte und 1948 zu den Verfassern der Charta der Menschenrechte gehörte, war bis kurz vor seinem Tod im Jahr 2013 mehrfach in Weimar und Thüringen zu Gast. Er sprach vor Schülern und Studenten, engagierte sich im Kuratorium des Ko-



mites für deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit im Zeichen des Weimarer Dreiecks und er nutzte immer wieder die Gelegenheit, seine Stimme für die Wahrung der Würde des Menschen zu erheben.

Am 20. Oktober gründeten engagierte Menschen in Weimar die „Stéphane Hessel-Gesellschaft – Société Stéphane Hessel“.

Gegen Lobby-Jobs

„Mit dem von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Ministergesetzes wird ein wirksames Instrument geschaffen, um die Übernahme von lukrativen ‚Lobby-Jobs‘ nach Ende eines Ministeramtes zu verhindern. Diesen für das Ansehen und die Glaubwürdigkeit von Politik und Demokratie schädlichen Interessenverwicklungen wird ein Riegel vorgeschoben“, so der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Knut Korschewsky.

Die Landesregierung hat künftig das Recht, ehemaligen Amtsinhabern solche problematischen Tätigkeiten für die Zeit von 18 Monaten nach Ausscheiden aus dem Amt zu verbieten. Das entspricht dem Konzept der „Abkühlzeit“, das auch lobbykritische Organisationen vertreten.

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Landtagssitzungen in diesem Jahr finden statt in der Zeit von Dienstag, den 12. Dezember, bis Freitag, den 15. Dezember.

Die ersten Plenarsitzungen im Jahr 2018 sind zu folgenden Terminen anberaumt: 24. bis 26. Januar, 21. bis 23. Februar und 20. bis 22. März.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

„Alternative 54“-Geburtstag bei der Erfurter JBF gefeiert

Eigentlich hatte das eine mit dem anderen nicht direkt etwas zu tun, aber es war eine gute Idee, die Zusammenkunft der Mitglieder der Alternative 54 e.V. aus Anlass des 22jährigen Bestehens des Abgeordneten-Vereins in die Erfurter Jugendberufshilfe (JBF) zu legen.

Denn beides ist gleichermaßen eine Erfolgsgeschichte. Die Einrichtung zur beruflichen Rehabilitation wurde allerdings schon vor 26 Jahren gegründet. Damals hatte sie 23 junge Leute mit besonderem Förderbedarf unter ihre Fittiche genommen. Inzwischen sind es fast 500, die über die JBF gezielte Starthilfe ins Berufsleben erhalten. Es wird in sechs Fachbereichen und 27 Berufen ausgebildet.

In diesem Jahr kamen 70 Prozent sofort nach der Ausbildung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, wie Hans-Joachim Beder, Geschäftsführer der Jugendberufshilfe ERFURT gGmbH, den Mitgliedern der Alternative 54, unter ihnen der ehemalige LINKE-Fraktionsvorsitzende und Ministerpräsident Bodo Ramelow, stolz berichtete.

Hinter dem Erfolg stehen engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wie z.B. Cornelia Nitzpon vom Fachbereich Berufsvorbereitung. Und da schließt sich der Kreis, denn sie wurde als Gründungsmitglied der Alternative 54 bei der Zusammenkunft am



Erstaunlich, was sich in der dicht gedrängten Erfurter Nordstadt hinter dem Eingang zum Storchmühlenweg 7 verbirgt. Einladend, freundlich und top saniert die verschiedenen Gebäude der JBF. Und alles aus eigener Kraft.

18. Oktober von der Vereinsvorsitzenden MdL Diana Skibbe besonders herzlich begrüßt. Cornelia Nitzpon gehörte als PDS-Abgeordnete von 1990 bis 2004 dem Thüringer Landtag an und gründete 1995 zusammen mit den anderen Abgeordneten der Fraktion die Alternative 54 Erfurt e.V.

Zuvor war der Protest gegen die in Artikel 54 der Thüringer Verfassung geregelten automatischen Diätenerhöhungen der Abgeordneten erfolglos geblieben und auch eine Verfassungsklage der PDS-Fraktion war gescheitert. Jedes Mitglied (derzeit sind es 42, vor allem die derzeitigen sowie ehemalige Landtagsabgeordnete der LINKEN) spendet seither monatlich einen Teil seiner Diäten an den Verein. Dieser wiederum setzt die Gelder ein für gemeinnützige Projekte und

Vorhaben, die keine oder eine nicht ausreichende öffentliche Förderung erhalten. Über 1,2 Millionen Euro sind es in der Summe seit 1995. im Oktober wurde die 3.333. Spende ausgereicht.

Die LINKE dringt weiterhin auf eine Reform des Abgeordnetenrechts. Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow betonte die Forderung nach Einbeziehung der Abgeordneten in die sozialen Sicherungssysteme und damit einen Eigenbeitrag für ihre Altersversorgung sowie nach Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung. „Die Anpassung von Abgeordnetendiäten durch Gesetzesänderungen ist transparenter als eine faktisch geheime jährliche Anhebung nach recht willkürlich gewählten statistischen Kriterien.“



Manche bezeichnen die Kantine in der Erfurter Jugendberufshilfe als Fünf-Sterne-Kantine. Wer dort einmal gespeist oder wie die Landtagsabgeordneten der Linksfraktion die Gelegenheit hatte, sich genauer umzusehen, kann dem nur zustimmen. Denn die Ausbildung im Fachbereich Gastgewerbe findet auf hohem Niveau statt und ist unter Leitung von Frau Grubba (Foto links) alles andere als eine Trockenübung. Das Frühstücksbuffet am Morgen kann sich mit jedem guten Hotel messen und zur Mittagszeit speisen die Gäste - meist selbst Azubis - an elegant gedeckten Tischen und werden zuvorkommend und formvollendet bedient.

Auch in diesem Jahr konnte die Jugendberufshilfe wieder zahlreiche „Neue“ begrüßen. „Vielen von ihnen sind unsere Werkstätten und Ausbildungsräume, wie hier in der Holztechnik, vertraut, haben sie sich doch in der Berufsvorbereitung bereits bei uns erprobt“, so Geschäftsführer Hans-Joachim Beder (Foto rechts). Das hat den Vorteil, dass die Jugendlichen die Anforderungen der verschiedenen Berufe hautnah kennenlernen konnten und dabei herausfinden, ob Berufswunsch und Wirklichkeit zusammenpassen. Neben den Fachbereichen Gastgewerbe und Holztechnik gibt es noch die Bereiche Wirtschaft und Verwaltung, Farbtechnik, Metalltechnik und Hauswirtschaft.



Kommentiert

von MdL Frank Kuschel

Zahlen und Fakten

Freilich, Geld gibt es nie genug. Aber ich kann es auch nicht oft genug wiederholen: Fakt ist, dass die Thüringer Kommunen im vergangenen Jahr über 300 Millionen Euro mehr zur Verfügung hatten als im letzten CDU-geführten Regierungsjahr. Nachzulesen in „Zahlen, Daten, Fakten“ des Thüringer Landesamtes für Statistik, Ausgabe August 2017, Bestell-Nr. 80104. Danach stiegen die Einnahmen auf 5,435 Milliarden Euro, das sind 2.504 Euro pro Einwohner. Rund 63 Prozent waren Landeszuweisungen, erhöht um 234 Millionen Euro.

Die Behauptung der CDU und einiger Landräte und Bürgermeister, Rot-Rot-Grün hätte die Kommunalfinanzen gekürzt, ist einfach falsch. Gestiegen sind auch die kommunalen Steuereinnahmen und zwar um 216 Millionen Euro auf 1.57 Milliarden Euro. Pro Einwohner nahmen die Thüringer Kommunen 716 Euro an Steuern im Jahr 2016 ein. Im Vergleich der 13 Flächenbundesländer liegt damit Thüringen aber gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern weiterhin am unteren Ende. Die höchste Steuerkraft hat Jena mit 1.022 Euro pro Einwohner, die geringste haben die Gemeinden im Kyffhäuserkreis mit 530 Euro.

Obwohl die Einnahmen steigen, sinken die Sachinvestitionen weiter. Sie lagen 2016 bei nur noch 534 Millionen Euro. Offenbar fließt zu viel Geld in die Verwaltung. Höchster Ausgabeposten sind die Personalausgaben, die auf fast 1,5 Milliarden Euro anstiegen. Derzeit arbeiten in den Kommunen rund 37.400 Beschäftigte. Das sind 600 weniger als 2014.

Übrigens konnte auch die Verschuldung der Thüringer Kommunen seit 2014 um gut zehn Prozent auf noch 1,917 Milliarden Euro gesenkt werden. Dies sind noch 883 Euro pro Einwohner.

Die Verschuldung des Landes ist acht Mal höher.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.